



Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter

Jahresbericht Indonesien

2020

Menschenrechtsgruppen berichteten über rechtswidrige Tötungen sowie andere schwere Menschenrechtsverletzungen durch Sicherheitskräfte in Papua, vor allem die Anwendung exzessiver Gewalt. Zwischen Februar 2018 und August 2020 wurden 47 Fälle mutmaßlicher rechtswidriger Tötungen durch Sicherheitskräfte registriert, mit insgesamt 96 Todesopfern. In 15 Fällen waren Polizeiangehörige die mutmaßlichen Täter_innen, und in 13 Fällen Angehörige des indonesischen Militärs. In zwölf Fällen sollen sowohl Polizeikräfte als auch Militärpersonal an den Tötungen beteiligt gewesen sein.

Am 19. September 2020 wurde Yeremia Zanambani, Oberhaupt der Indonesischen Evangelisch-Christlichen Kirche in Hitadipa im Regierungsbezirk Intan Jaya (Provinz Papua) getötet. Angaben von Polizei und Militär zufolge war eine bewaffnete Gruppe für seinen Tod verantwortlich. Lokale Aktivist_innen in Papua, die in engem Kontakt zur Familie des Geistlichen standen, wiesen diese Behauptung jedoch zurück. Sie gaben an, dass Yeremia von Militärangehörigen erschossen worden sei, die auf der Suche nach Mitgliedern einer bewaffneten separatistischen Gruppe waren, welche unter dem Verdacht standen, zwei Militärangehörige getötet zu haben. Während des Militäreinsatzes flohen zahlreiche Anwohner_innen aus ihren Häusern in nahe gelegene Wälder oder suchten Zuflucht in der näheren Umgebung. Mehrere aufeinanderfolgende Regierungen Indonesiens haben den Zugang internationaler Menschenrechtsbeobachter_innen nach Papua eingeschränkt. Nur selten fanden in Papua Ermittlungen zu Berichten über rechtswidrige Tötungen durch die Sicherheitskräfte statt.

(Quelle: Amnesty International Report 2020/21)